

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend

(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)

(Schiersteiner Neuere Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 15 Pfg.
für auswärtige Besteller 20 Pfg.
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis
monatlich 80 Pfg., mit Bringe-
geld 85 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Postgebühren.

Vertrauf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag
Prof. Dr. Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Willy. Probst, Schierstein.

Vertrauf Nr. 164

Nr. 35.

Samstag, den 22. März 1919.

27. Jahrgang

Schmarozer in der Demokratie.

Die Demokratie kann ihre Aufgaben nur lösen in großen Parteien. Jeder pflichtbewusste Bürger des neuen Volksstaates muß sich also in einer Partei organisieren und rege betätigen. Die Partei übernimmt dann die Pflege der Staatsbürgergesinnung, die da sein soll der Familiensinn der Bürger und Bürgerinnen für das Gemeinwohl der großen Volksfamilie, heiße sie Gemeinde, Staat, Reich. So wie der Familienvater, der Hausvater, für die ihm Anvertrauten stant und sorgt, mit ihm die Mutter und Hausfrau, die erwachsenen Söhne und Töchter, so sollen alle Bürger und Bürgerinnen, die jüngst zu den Wahlen gerufen wurden, für ihre Volksfamilie Sinn, Sorge und Verantwortlichkeit tragen. In früheren engeren Zeiten stand das Bürgerrecht in hohen Ehren und erzeugte auch Ehrgefühl und Ehrgeiz. Wir sollten wieder so denken und fühlen lernen.

In allererster sollten die Besitzenden und Gebildeten sich dessen erinnern. Ihre höhere Ausbildung und Stellung in der Volksgemeinschaft verpflichtet sie zu höheren Leistungen nicht bloß in ihrer Berufstätigkeit, sondern auch im bürgerlichen Leben. Aus der sittlichen Auffassung ihrer Standesaufgaben sollen sie sich um den Volksstaat vor allem kümmern, so wie früher im Ständestaat und Feudalstaat der Adel sich zur Führung verpflichtet und berufen glaubte. Bei allen Bessern des Adels war das nicht selbstsüchtige Ehrgefühl oder Schmutz, sondern rituelles Pflichtgefühl. Der alte Obrigkeitstaat hat sich dabei nicht schlecht gehalten; und jenes Pflichtbewußtsein hat ihm unzählige treueste Staatsmänner, Beamte und Offiziere gegeben.

Heute sind die Ständesprivilegien dahin; mögen nun die leitenden Schichten des Bürgertums jene ritterliche Sendung und Aufgabe des früheren Adels auch als ihre betrachten. Wer aber Führer sein will, soll im selbstlosen Arbeit, in größeren Opfern und Leistungen, besonders in der ehrenamtlichen Teilnahme an der Selbstverwaltung in der Gemeinde, in der öffentlichen Wohlfahrtspflege sich als solcher bewähren, nicht bloß im Reden und Diskutieren. Vater und Mutter üben so auch ihr Königtum in der häuslichen Familie aus in unerschütterlicher selbstloser, hingebender Sorge, Arbeit und Mühsal.

Aber nicht minder müssen möglichst viele aus der breiten Masse des Bürgertums sich des Volksstaates, der demokratischen Bürgergemeinde in selbstloser Sorge und Arbeit annehmen. Das ist vielen noch etwas ganz Neues. Im alten Polizeistaat sollte der Bürger den Mund halten; im nachfolgenden Obrigkeitstaate, mit einer in ihren Rechten beschränkten Volksvertretung und einem von oben herab ernannten Beamtentum, hat die Bürokratie die freien Regungen bürgerlicher Freiheit und Selbstverwaltung argwöhnisch behandelt. So blüht die Rolle der Staatsbürger gleichgültig gegen das Staatsleben und gewöhnte sich mehr oder weniger darin, sich vor allen Dingen an die Staatskassette zu drängen, sei es zu lebenslänglicher Versorgung, sei es um für den Stand oder für den persönlichen Vorteil recht viel zu ergattern. Die Opfer für den Staat ließ man allerwärts sich abzwängen. Diese Leute verstehen heute unter Demokratie, daß sie selbst mehr zu sagen und weniger zu zahlen, die Tüchtigen und Wohlhabenden aber nichts zu sagen, wohl aber alles zu zahlen haben. Traurige Früchte der staatsbürgerlichen Verwahrlosung in der vergangenen Zeit.

Solche Scheindemokraten zwingen selbst die Führer der Mehrheitssozialdemokratie zu der bitteren Klage, daß an die Stelle der kapitalistischen Ausbeuter jetzt sozialistisch-revolutionäre Ausbeuter sich gesetzt haben, daß die Revolution, welche die Volksfreiheit und Volksregierung bringen sollte, zur wahnwitzigen Lohnbewegung geworden ist. Größer kann sich der Egoismus, die Selbstsucht nicht äußern. Das ist Gift für das Gemeinleben und ein Hohn auf die Demokratie.

Aus alter Zeit stammt das Sprichwort: Wer nicht im Arbeiten und Opfern für andere sein Lebensglück finden kann, der lasse das Heiraten sein; denn Kinder bringen Sorgen und Opfer. Das Sprichwort gilt auch von der Demokratie. Wenn ein Volk die Führer abschafft und nun selbst die Regierung führen will, dann muß jeder ehrenhafte, pflichtbewusste Bürger auch Freude daran haben, sich nun um das Gemeinwohl in Staat und Gemeinde zu kümmern und dafür tätig zu sein, so wie ein Rummant um das ihm anvertraute Mündel. Wer aber davor sich drückt, dagegen auf das Rasen vom Staate, auf das „Leben auf Regimentskosten“ besteht, der ist kein Demokrat und Bürger, sondern Anarchist und Schmarozer am Leibe der Volksgemeinschaft; denn er lebt von der Mühe und Arbeit der pflichtbewussten Bürger.

Zur Tagesgeschichte.

Frankreich und Deutsch-Oesterreich.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ trägt sich die französische Regierung mit dem Plan, die diplomatischen Beziehungen mit Deutsch-Oesterreich wieder aufzunehmen. Pichon entbot den französischen Gesandten im Haag, Misse, der vor dem kriegs Gesandten in München war, nach Paris, da er für den Botschafterposten in Wien auszuweichen sein soll.

Deutsches Reich.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei hat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, einen allgemeinen Parteitag der Deutschen demokratischen Partei auf die Tage vom 17. bis 19. Mai nach Kassel einzuberufen.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Arbeitervertretern haben, wie verlautet, die grundsätzliche Geneigtheit der Reichsregierung ergeben, in eine gesetzmäßige Festlegung des 7% stündigen Arbeitstages zu willigen. Die Regierung kommt damit einem weiteren Schritt den Forderungen namentlich der Bergarbeiter entgegen, die bekanntlich den Sechshunderttag fordern, und der Erfahrung näher, daß es auf der schiefen Ebene der Ausgleichsfindung keinen Einhalt und kein Bremsen gibt.

In der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes stehen auf organisatorischem und sonstigem Gebiet Reformen bevor, insbesondere werden auch namhafte Journalisten mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Nachdem bereits der frühere Hauptredakteur der „Berliner Morgenpost“, Rudolf Bruno, einberufen worden ist, werden demnächst der Mehrheitssozialist Paul Kampfmeyer früher Hauptredakteur der „Münch. Post“, und der Politiker und Schriftsteller Dr. Karl Föder in die Nachrichtenabteilung einreten, von denen dieser namentlich die auf den Völkerverbund bezüglichen Angelegenheiten, jener die Fragen der internationalen Arbeiterpolitik auf dem Breisgebiet bearbeiten wird. Endlich wird die Auskunftsabteilung an die deutsche Presse über die auswärtige Politik den neuesten Erfordernissen entsprechend verbessert werden.

Die preussische Landesversammlung verabschiedete am Donnerstag die vorläufige Verfassung. Darauf legte Ministerpräsident Hirsch namens der Staatsregierung deren Mandate in die Hände der Landesversammlung zurück. Präsident Leinert ersuchte die bisherigen Staatsminister, bis zur Bildung der neuen Regierung ihr Amt weiterzuführen.

Die neue sächsische Regierung wird nur aus Sozialisten bestehen. Alle bisherigen Männer gehören ihr weiter an.

Die Sozialisierung.

Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß tritt sich in seinen Absichten mit dem Gesetzesentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, die die Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort aufgeführten Wirtschaftszweige, insbesondere die Erzeugung von Nahrungsmitteln (Brotverfertigung), die Herstellung von Kleinwohnungen, die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, die Kommunalisierung der Apotheken müssen nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisierungsgedanken für die Gemeinden nutzbar zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Schritts zu kommen.

Vereinheitlichung der Eisenbahnen.

Am Dienstag hat eine Besprechung der verschiedenen Eisenbahnerverwaltungen des Reiches stattgefunden. Daraufhin haben am Donnerstag sich Vertreter des Reichsministeriums mit solchen des preussischen Ministeriums über die Fassung des Artikels 90 der Reichsverfassung geeinigt. Wie verlautet, wird dieser Artikel zum Ausdruck bringen, daß es die Aufgabe des Reiches sei, die Eisenbahnen so, wie sie dem allgemeinen Verkehr dienen, in Reichsverwaltung zu übernehmen. Als äußerster Termin solcher Übernahme sämtlicher Eisenbahnen soll der 1. April 1921 in Aussicht genommen sein. In all den

Fällen, in denen es bis zum Oktober 1920 zu einer Verständigung auf dem Vertragswege nicht gekommen ist, soll ein ehrenamtliches Schiedsgericht die Bedingungen der Uebernahme und die Höhe der Entschädigungen regeln. Als Obmann dieses Schiedsgerichts dürfte sehr wahrscheinlich der Präsident des Reichsgerichts in Frage kommen.

Der Verfassungsausschuss.

In der Donnerstag-Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung wurde die Aussprache über Artikel 15 fortgesetzt. Der Artikel 15 wurde gemäß einem Antrag Meerfeld (Soz.) mit den 16 Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums und des Demokraten Heile in folgender Fassung angenommen:

Die Gliederung des Reichs in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung, unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung, erfolgen. Die Neubildung von Ländern oder die Änderung ihres Gebiets durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch die Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen, die auf Antrag eines Viertels der Stimmberechtigten oder der politischen oder kommunalen Vertretung eines Viertels der beteiligten Bevölkerung durch die Reichsregierung anzuordnen ist. Entstehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Die Lebensmittel-Versorgung.

In einer Unterredung mit dem Pariser Korrespondenten der „Daily News“ erklärte Hoover, der schwierigste Teil des ganzen Lebensmittelproblems sei die Finanzfrage. Europa könne nicht fortfahren, seine flüssigen Reserven auszugeben, um sich Kredit für Lebensmittel zu verschaffen. Die Reserven an Kredit in der ganzen Welt wären für die Versorgung Europas nicht ausreichend. Es leure nicht sofort zur Produktion von Bedarfsartikeln zurück. Hoover fuhr fort: Wir arbeiten auf einer gänzlich künstlichen Grundlage. Wir verschaffen die Lebensmittel auf Kredit und nehmen flüssige Hilfskräfte der verschiedenen Länder Europas als Tauschobjekt ohne einen entsprechenden Umlauf von Bedarfsartikeln. Es kann einfach nicht so weitergehen. Kehrt Europa nicht in sehr kurzer Zeit zur Arbeit zurück, so erleben wir in einem Jahr die Wiederholung der letzten Nahrungsmittelkrise. Dann ist die Erschütterung viel schwerer für die Welt als jetzt. Wir müssen so rasch als möglich Frieden haben, dann können alle Länder zur Arbeit zurückkehren.

Die Lebensmittelschiffe.

Der Seemannsbund, eine sehr terroristische und radikale Gründung, hatte in Hamburg eine Versammlung abgehalten, die von 2000 Personen besucht war und von Oberlandesgerichtsrat Schroeder, der durch seine bekannten radikalen Äußerungen und Aufforderung zur Sabotage, weil Forderungen des Seemannsbundes nicht erfüllt wurden, von früher bekannt ist, geleitet wurde. Die Führer stellten schließlich folgende Forderungen: 1. Die Leute verzichten, auf denjenigen Schiffen zu bleiben, auf denen Truppen transportiert werden. 2. Der Verband soll sich verpflichten, von den reinen Frachtdampfern 50 Prozent mit deutscher Besatzung zu belassen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Verband auf die zweite Forderung eingeht. Andererseits ist es auch noch sehr unwahrscheinlich, ob die Mitglieder des Seemannsbundes mit den Erklärungen ihrer Führer einverstanden sind. Es besteht die große Gefahr, daß das ganze Schiffsverkehrsabkommen durch das Verhalten des Seemannsbundes in die Brüche geht. Wir haben hier wieder einen Fall vor uns, wo eine einzelne Arbeiterkategorie sich annahmt, über die gesamte Arbeiterschaft zu entscheiden. Es sind vor allen Dingen politische Interessen, die die Mitglieder des Seemannsbundes vertreten. Neue Tatsachen können durch dieses Verhalten in Hamburg hervorgerufen werden.

Die Ausfahrt der Schiffe.

Wie die „D. Z.“ erfährt, ist die Regierung entschlossen, dem Terrorismus des parteipolitischen Deutschen Seemannsbundes, der die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus den deutschen Häfen verhindern

III, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kräftig zu begegnen. Sie hat bereits Maßnahmen getroffen, um die arbeitswilligen Seeleute des Transportarbeiterverbandes, die gegenüber dem Seemannsbund wettstaus in der Mehrheit sind, mit den staatlichen Nachmitteln gegen Gewalttätigkeiten zu schützen.

Zwei Dampfer bemannt.

Es haben sich nunmehr genügend Seeleute, die dem Transportarbeiterverband angehören, bereit gefunden, sich auf den Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie anzuwerben zu lassen, so daß zwei Dampfer der ersten Staffel die amerikanische Truppen aus Frankreich abholen sollen, vollkommen bemannt sind. Es sind dies die Dampfer „Paris“ und „Cleveland“.

Zur Lage im Reich.

Kein neuer Generalstreik.

In Presse und Parlament war verschiedentlich behauptet worden, daß mit dem Ausbruch eines neuen Generalstreiks am 26. März, diesmal in ganz Deutschland, zu rechnen sei, und es war die Frage aufgeworfen worden, ob ein solcher Streik möglich sei. Diese Frage kann verneint werden. Zunächst ist, so wird der „Berliner Morgenpost“ aus gewerkschaftlichen Kreisen geschrieben, bei den heutigen schwierigen Verkehrsverhältnissen gar nicht daran zu denken, daß sich die Herbeiführung des Generalstreiks an einem bestimmten Termin in ganz Deutschland erreichen läßt. Es würde heute monatelang dauern, bevor der Streik in Deutschland allgemein würde. Der laute Generalstreikspiegel des Spartakus kann weiterhin die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß nach dem Ausgang des letzten Berliner Generalstreiks in der Arbeiterchaft ganz Deutschlands eine allgemeine Ernüchterung eingetreten ist. Ausschlaggebend ist aber, daß durch die Berliner Vorgänge Spartakus mit seinen Generalstreikabsichten isoliert worden ist. Das besonnene Verhalten der Berliner Gewerkschaftsinstanzen, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Generalkommission, die sich gegen die Stilllegung der notwendigen Versorgungsinstitute durch Spartakus wandten und die selbst die Unabhängigen zur Umkehr gezwungen haben, hat jede Aussicht vernichtet, daß in Zukunft jemals irgendwo sich die Gewerkschaften wieder vor den Generalstreikstarren des Spartakus spannen ließen. Spartakus ist während des Berliner Streiks mit seiner eigenen Taktik überwunden worden.

Aus dem Ruhr-Gebiet.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier hat sich weiter etwas gesteigert und beträgt zurzeit im arbeitsfähigen Durchschnitt 240—245 000 Tonnen. Die Kohlenförderung bleibt damit aber weiter unzureichend. Die Bagengestellung stellt sich auf rund 17 000 Wagen täglich.

Das Streikfieber.

Die Angestellten der deutschen Ammoniakverkaufsvereine und des Benzolverbandes haben in Bochum in einer Betriebsversammlung einen Lohn-Tarif aufgestellt, der innerhalb dreier Tage von den Direktoren der beiden Verbände angenommen werden soll, andernfalls wird gestreikt. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, die bei der großen Bedeutung des Ammoniak für die Landwirtschaft an das Reichswirtschaftsamt und an die Ueberschussstelle für Ammoniakabgabe im Reichsministerium gesandt wurde. Es heißt darin, daß die Angestellten die Annahme des Vertrags eventuell durch den Streik durchsetzen wollen. Der Ausschuss hat bei Ablehnung der Forderungen den Streik sofort, spätestens am 22. d. M. zu erklären. — Als Folge des plötzlichen Streiks in der Gussstahlfabrik des Bochumer Vereins mußte eine Reihe von Betrieben stillgelegt werden, weil die Gaserzeugung für Kraftwerke unzureichend wurde. Auch an einem der alten Hochöfen haben sich durch den Streik Störungen ergeben.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Herzlich lachte die Baronin aus. „Ach Dietl, das haben mir schon meine beiden Jungen ausgetrieben. Ich hätte mir das auch nicht leisten können, wenn ich eine schöne Frau gewesen wäre. Du brauchst nicht zu widersprechen, Dietl, ich war nie schön — kaum! — Denn ich mal, unser liebes, altes Rittberg ist doch bloß so eine alte Klischee im Vergleich zu Rittberg, und unsere Jungen können schlecht weg, wenn ich die Einkünfte von Rittberg an die Mode-Ateliers abliefern müßte. Die Gräfin hat aber bisher das stolze Majorat zu präsidieren. Für wen sollte sie auch sparen, da sie keine Kinder hat? Aber ich hätte es zu gern gesehen, wenn sie Majorats-herrin von Rittberg geblieben wäre. Sie paßt so wunderbar in das alte feudale Schloß. Du hättest sie nur vorhin sehen sollen, als sie mit ihrem langschleppenden Trauerkleid durch den Park schritt. Wären hätte ich sie mögen! So eine Frau braucht eine großartige Umgebung. In das kleine Witwenhaus paßt sie nicht mit ihrer anpruchsvollen Persönlichkeit. Das wird ein Mißklang, der mich schmerzen wird.“ Der Baron legte seinen Arm um seine Gattin. „Dah gut sein, Elsetchen, du sollst sehen, die Frein von Wadow paßt ebenso gut in das Rittberger Schloß. Sieh sie nur erst mal an. Sie ist mindestens so schön als die Gräfin Gerlinde, wenn auch ganz anderer Art. Als ich sie diesen Winter in der Residenz kennen lernte, war ich entzückt. Aus ihren schönen Augen leuchtet etwas, was die Gräfin nicht besitzt — Herzengüte und Gemüt. Ich für meinen Teil bin jedenfalls heftig einverstanden mit dieser Verlobung. Und nun geh und kleide dich um, Elsetchen, dann wird es Zeit, zu Tisch zu gehen.“

Die Baronin Rittberg konnte die Zeit bis zum Sonntag nicht erwarten. Erstens einmal kamen Sonntag immer ihre beiden Söhne, Hans und Rolf, nach

Die Pariser Konferenz.

Die erste Teilung des Obersten Rates war der Prüfung der Lage in Gallizien gewidmet. Der Rat hörte den von dem Ausschuss für die polnischen Angelegenheiten eingereichten Bericht. Jules Cambon legte die zu verfolgenden Ziele dar. Polen könne trotz seiner unzusammenhängenden Landesgrenzen unter gleichzeitiger Anpassung an den Nationalitäten-grundsatz ein lebensfähiger Staat werden. Um seine Unabhängigkeit zu behalten, habe Polen einen freien Zugang zum Meer unbedingt nötig. Unter diesen Umständen aber sei es unmöglich, Polen seine fremden Elemente einzuberleiben. Der Plan des Ausschusses, der, im ganzen genommen, die Grenzen Polens wenig weiter dehnt als die von 1772, bewilligt Polen einen Ausgang zur Ostsee, der mit einem Landstreifen längs der Weichsel zusammenhängend gedacht ist. In Allenstein wird eine Volksabstimmung abgehalten werden müssen.

Merke! Nachrichten.

Die schleswigsche Frage.

Zehn Tage nach der Unterzeichnung des Vorfriedens sollen alle deutschen Beamten das schleswigsche Gebiet bis zur Eider verlassen. Ein Ausschuss von drei Franzosen, einem Norweger, einem Schweizer und zwei Dänen soll die Volksabstimmung leiten.

Gemeindewahlen in Posen.

Die Polen haben die Neubildung der hiesigen Stadtvertretung angeordnet. Die Deutschen beschloßen, an den Wahlen teilzunehmen, da Posen sonst in den nächsten sechs Jahren eine rein polnische Verwaltung haben würde. Die verschiedenen deutschen Parteien stellten eine einheitliche Liste auf; nur die Sozialdemokraten schloßen sich hiervon aus. Der neugegründete jüdische Volksrat entschied sich gleichfalls dahin, eigene Kandidaten aufzustellen.

Kaiser Karl.

Vom deutsch-österreichischen Staatsamt des Innern wird mitgeteilt, daß Kaiser Karl der deutsch-österreichischen Regierung die Mitteilung zukommen ließ, daß er demnächst mit seiner Familie in die Schweiz übersiedeln werde. Die Schweiz habe bereits ihre Zustimmung erteilt. Die deutsch-österreichische Regierung erklärte sich mit dem Plan des Kaisers einverstanden, erklärte aber, daß Goldwaren und Wertpapiere, die im Privatbesitz des Kaisers sind, aus Deutsch-Österreich nicht ausgeführt werden dürfen.

Das Ende des Wiener Fremdenblattes.

Das Wiener Fremdenblatt enthält eine Erklärung, daß mit dem Zusammenbruch der alten Monarchie und mit dem Entstehen der Deutsch-Österreichischen Republik die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der früheren Politik des Fremdenblattes geschwunden ist. Dieser Erwägung folgend, hat sich der Verlag zur Schaffung eines neuen Tagblattes entschlossen, das unter dem Titel „Der neue Tag“ auf wesentlich geänderter „moderner, demokratischer Grundlage“ am nächsten Sonntag zum ersten Mal erscheint, während das Fremdenblatt am 22. März sein Erscheinen einstellt.

Holland und Spitzbergen.

Der „Times“ zufolge ist das holländische Außenministerium im Begriff, zusammen mit der niederländischen „Geographischen Gesellschaft“ einen Bericht auszuarbeiten über die Verbindung Hollands mit Spitzbergen seit Entdeckung Spitzbergens durch Willem Barents (1595). Es wird angenommen, daß Holland in dem Bericht seine Ansprüche auf Spitzbergen zusammenfassen wird.

Hause — sie waren Offiziere und fanden in der nahen Garnison bei einem Regiment, und dann erwartete sie Graf Rainer und Gräfin Gerlinde zu Tisch. Es waren noch einige andere Gäste geladen, aber die wichtigsten der Baronin weniger Interesse ab.

Sie war in höchster Unruhe, ob Graf Rainer kommen würde. Am liebsten hätte sie nach Rittberg geschickt, um anfragen zu lassen, ob er zurückgekehrt sei. Zum Glück trat der Baron den Administrator Heilmann auf einem Tisch über die Fächer, und er konnte seiner Frau die beruhigende Nachricht bringen, daß Graf Rittberg von seiner Reise zurückgekehrt sei.

Und als dieser dann am Sonntag in Rittberg eintraf, freute sie sich sehr. Aber die erwartete Strafpredigt bekam er doch zwischen den herzlichsten Glückwünschen zu hören. Und zum Schluß sagte sie lachend: „Lieber Herr Graf — eigentlich hatte ich ganz andere Pläne mit Ihnen.“

Das hörte ihr Gatte. „Ja, meine Frau hatte selber ein Auge auf Sie geworfen. Herr Graf, ich glaube sogar, sie wollte sich von mir scheiden lassen. Ich bin sehr froh, daß Sie durch Ihre Verlobung dieses Drama aufgehalten haben.“ scherzte er in seiner gewöhnlichen Weise.

„Aber, Dietl, du bist wieder einmal unglaublich.“ schalt seine Gattin, halb lachend, halb ärgerlich. „Nein, mein Herr Graf, ganz andere Absichten hatte ich mit Ihnen.“

„Darf ich diese Absichten nicht kennen lernen, verehrteste Frau Baronin?“ forschte der Graf lächelnd. Diese sah zu der Gräfin Gerlinde hinüber, der ihre beiden Söhne und einige ihrer Kameraden ein wenig den Hof machten.

„Nein, nein, das sage ich Ihnen nun nicht mehr, das bleibt mein Geheimnis. Aber mag es drum sein, wenn Sie nur recht glücklich werden.“

Das Rittberger Herrenhaus war viel kleiner als Schloß Rittberg und bei weitem nicht so kostbar eingerichtet. Aber traut und behaglich war es in den beiden alten Räumen, und es gab so leicht niemand, der sich in diesem Hause nicht wohl gefühlt hätte. Die echte, anpruchsvolle Gastfreundschaft und die ungezwungene Herzlichkeit, mit der die Rittbergs ihren

Der ukrainische Bolschewistenstaat.

Die russische Presse meldet, daß der Negierung der ukrainischen Sowjetrepublik am 15. März sow nach Kiew verlegt worden ist.

Der polnisch-ukrainische Krieg.

Nach einem polnischen Generalstabsbericht sollen Polen die Forderung der Verbindung mit ihren Vemberg und Grobel kämpfenden Truppen gestellt, so daß die von den Ukrainern beabsichtigte Vembergs vereitelt erscheint.

Die Blockade.

Im englischen Unterhause erklärte Austen Chamberlain während der Debatte über die Blockade, je eher die Blockade aufgehoben werden könne, umso angenehmer sei es den Alliierten, denen es ummen wäre, wenn Deutschland einen Teil seiner Versorgung aus den neutralen Ländern beziehen könnte.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 22. März 1919.

* Zeitgemäße Arbeiten im Obst-Gartenbau. Es ist höchste Zeit, die Obstbäume von den Raupennestern des Goldasterns erkennlich an den zusammengesponnenen Blättern, dem vom Apfelmehlau befallenen, weiß ausgeschriebenen, sowie von den vertrockneten Früchten (Mumien) zu reinigen, im Unterlassungsfall Schaden zu erwarten und die Nachbarn im Gemüsegarten müssen jetzt, nachdem das Obst abgerocknet ist, ausgefällt werden: Puff- oder Bohnen, Erbsen, Karotten, Zwiebeln, Schwarzwurzel, Spinal, Melde, Fenchel, Kopfsalat, Weichholz, Mören, Wirsing, Oberkohlrabi, Radies, Rettich, und die Kräutler: Petersilie, Pimpinelle, Boretsch, Akelei, Fenchelkraut, Thymian, Salbei und Majoran. Insp. Schierstein.

* Entlassungsanträge. Es kann damit gerechnet werden, daß die Ausgabe von Entlassungsgeldern an die ehemaligen Militärpersonen, die auf Anordnung der Reichsregierung wegen Mangels an Anzügen vor Gericht gänzlich eingestellt wurde, in Kürze wieder aufgenommen wird.

* Rekordpreise. Bei einer in dieser Woche gehaltenen Versteigerung in Hermeskeil wurden für ein trächtiges Buchschwein 1700 Mark und für ein Legehuhn 68 Mark bezahlt. — Da braucht man sich nicht über die Ferkelpreise und die Preise der Eier „von hierher“ nicht zu wundern!

* Sommerzeit. Die Reichsregierung beschließt, die Sommerzeit ab 28. April wieder einzuführen.

Aus dem Rheingau, 19. März. Der Ausschuss macht darauf aufmerksam, daß neuerdings Kammerfahrten der Rheingauer Bevölkerung ins rheinische Gebiet durch scharfes Vorgehen der zuständigen Behörden unterbunden werden sollen. National-Lebens- und Zulermittel wie Kartoffeln, Fleisch, Mehl, Butter, Eier, Milch, Fett, Adressenfrüchte, Stroh usw. dürfen nicht ins rechtsrheinische Gebiet geführt werden. Jede Person, die bei dem National-Lebens- und Zulermittel genannter Art von der Grenze zur rechten Rheinfelse zu bringen, betroffen wird, dem Amtsgericht Bingen zur Bestrafung zuzuführen. Außerdem werden die betreffenden Lebens- und Zulermittel zu Gunsten des Kommunalverbandes ohne Berechtigung des Kaufpreises beschlagnahmt.

Gästen entgegen kamen, war sehr wohlwollend. Auch die beiden Söhne waren frische, lebenswürdige Menschen, die in einem reizenden Verhältnis zu ihren Eltern standen. Diese vier Menschen verkehrten stets in einer heiteren, gemächlichen Reden miteinander, der sehr wohlwollend war, weil man die warme Herzlichkeit immer durchblicken sah.

Bei Tische herrschte eine sehr frohe Stimmung. Selbst Gräfin Gerlinde vergaß zuweilen ihren Gram und Schmerz und lachte einige Male über die drolligen Redereien zwischen Eltern und Söhnen.

Es waren im ganzen zwölf Personen bei Tische, gerade die rechte Zahl zu einer fröhlichen Tafelrunde. Als nach Tisch die Herren draußen auf der Veranda im Sonnenschein eine Zigarre rauchten und die Frau und Tochter eines Gutshausbarn von Baron Hans Rittberg im Garten herumgeführt wurden, sah die Baronin ein Weichen mit Gräfin Gerlinde allein im Zimmer.

Da sagte die Baronin: „Meine liebe Gräfin Gerlinde, was haben Sie nur gesagt zu der überraschenden Verlobung Ihres Herrn Betters?“

Die Gräfin hatte diese Frage längst kommen sehen und war vorbereitet. Sie machte eine schelmische Gesicht.

„Nun — jetzt kann ich es Ihnen ja sagen. Meine Frau Baronin, ich sah das schon lange kommen. Ich bin ja die Vertraute meines Betters, und er hatte mich in letzter Zeit sehr viel von seiner Brant gesprochen.“

Die Baronin war sehr überblüht.

„Aber — sagten Sie mir nicht von einer Herzengüte mit einer hochstehenden Dame?“

Gräfin Gerlinde sah sich erschrocken um.

„Still, still! — Nicht davon sprechen, meine liebe Frau Baronin. Davon darf kein Mensch etwas ahnen. Das liegt ja auch weit zurück — wenn mein Better auch noch nicht ganz damit fertig ist. Zu Ihnen gesagt, meine liebe Frau Baronin, ich bin ein wenig besorgt, um das Glück des jungen Paares, und ich habe meinem Better meine Ansicht auch nicht vorenthalten. Wir sind so gute, ehrliche Freunde, daß ich es für meine Pflicht hielt. Der Altersunterschied ist doch etwas groß.“

(Fortsetzung folgt.)

*** Bitte um Lebensmittel.** Die Viebrücker Fabrikanten-Vereinigung für Uebergangswirtschaft hat an die französische Militärbehörde ein Gesuch gerichtet, um Lieferung von Lebensmitteln für die Arbeiter und Angehörigen, sowie deren Familien.

— Die erhöhten Eisenbahntarife. Durch die mit Gesetzeskraft ausgestattete Verordnung der preussischen Regierung vom 9. März 1919 hat die preussische Staats-Eisenbahnverwaltung die gesetzliche Ermächtigung zu den von ihr zum 1. April 1919 in Aussicht gestellten Erhöhungen der Güter- und Tiertransporttarife erhalten. Die gesetzliche Ermächtigung beschränkt sich auf diese Tarife, weil es nach der bestehenden Gesetzeslage einer gleichen Ermächtigung für die Personentarife nicht bedarf. Es treten also, wie zur Verneinung von Zweifeln betont werden muß, am 1. April 1919 nicht nur die in der Verordnung vorgesehenen Erhöhungen der Güter- und Tiertransporttarife, sondern auch die bereits angekündigten Tarifserhöhungen im Personenverkehr in Kraft.

— Bestellt die Felder! Die deutsche Regierung ordnete an, daß alle Felder ordnungsmäßig bestellt werden müssen. Unbestellte Felder gehen ohne weiteres in Besitz der Gemeinden über, die für die Bestellung zu sorgen haben.

— Zu Frühlingsanfang. Mit dem 21. März haben wir den kaltenmässigen Frühlingsanfang. Zwei Tage vor diesem Termin hat die Natur ein durchaus winterliches Bild, als ob wir nicht vor Frühlings-, sondern vor Winteranfang ständen. Auf den Dächern und in den Gärten lag Reif und Märzschnee. Diese Tage bilden keine frühlingsmässigen Vorbote. Eine Bauernregel sagt zwar: Fürchte nicht den Schnee im März, denn darunter schlägt ein warmes Herz, aber da infolge des warmen frühlingsmässigen Wetters in der ersten Hälfte des März die Pflanzenwelt fast vorgeschritten war und schon die Mandelbäume blühten, so ist in diesem Jahr leider die andere Wetterregel richtiger, die da lautet: Märzschnee mit Ader und Weinstock weh. Im Interesse unserer Ernährung, vor allem der Kartoffelnot, wollen wir nicht hoffen, daß sich die Bauernregel bewahrheitet, nach der das Wetter am Gertrudstag, am 17. März, die nächsten Wochen mäßigend sein soll. Ist Gertrud sonnig, ist's dem Gärtner monnig, ist's aber an Gertrud, der Winter noch 40 Tage nicht ruht!

* Elville, 19. März. Die Stadt kaufte von Herrn Seidel das neben der Turnhalle belegene, frühere Dörfliche Haus zum Preise von 33000 Mk. Das Haus soll für die Lateinschule hergerichtet werden, damit die Volksschule in der Schwalbacherstraße lediglich für Elementarschüler reserviert bleibt und die im Gefellenvereins Hause untergebrachten Elementarschüler in die Klassen, die jetzt von der Lateinschule benutzt werden, übersetzt werden können.

* Oestrich-Winkel, den 19. März. Besitzwechsel. Die an der Mittelheimer Landstraße gelegene prächtige Villa des Rentners Herrn Jul. Christian Ehoising dieser Tage durch Kauf in den Besitz des Herrn Weinbändlers Reinhard in Winkel über. Der Preis beträgt 81000 Mk. Die Vermittlung erledigte die Kommissionsfirma Simon Rosenthal in Oestrich.

* Mainz, 19. März. Preistreiberien. Die wilde Preistreiberie, die zur Zeit in immer steigender Tendenz bei allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln herrscht, zeigt sich besonders deutlich im Obsthandel. Es ist ja wohl zu berücksichtigen, daß wir im letzten Jahre eine ungewöhnlich schlechte Obsterte hatten; aber dennoch sind die geradezu wahnwitzigen Preise, wie sie jetzt für Äpfel hier gefordert werden, keineswegs berechtigt. Man nimmt für mittelmäßige Ware 2,80 Mark das Pfund, und getrocknete Birnen läßt man sich gar mit 5,70 Mark im Pfund bezahlen. Das sind Preise, um die man vor 10 bis 20 Jahren durchweg einen Zentner kaufen konnte. Daß solche Phantasiereise völlig unberechtigt sind, mag daraus zu ersehen sein, daß man in der nicht allzuweit entfernten Stadt Aschaffenburg heute noch das Pfund Tafeläpfel zu 60—70 Pfennig kaufen kann. Freilich, ohne 80—100 Prozent Verdienst mag der Zwischenhandel heute kaum noch „arbeiten“. Wir sind gespannt, zu erfahren, inwieweit man sich hier an die jetzt neu festgesetzten Obsthöchstpreise von 1,20 Mark, resp. 1,10 Mark das Pfund Tafelobst halten wird. Ob's hier nicht ebenso gehen wird wie mit den Höchstpreisen für Handkäse, an die sich tatsächlich kein einziger Händler hält.

Kleine Chronik.

Die Hohenkönigsburg. Die Hohenkönigsburg wurde nach einer Meldung aus Stralsburg unter Sequester gestellt. Im Zwangsverwalter wurde Notar Gräffert in Schleissstadt bestimmt.

Aufstellung einer Einwohnerwehr. Auf Befehl der Regierung soll zum Schutz des Eigentums der Bürgerschaft gegen Plünderung und Raub in Berlin und den Vororten eine Einwohnerwehr aufgestellt werden. Mit der Aufstellung dieser Wehr, die nur im Augenblick der höchsten Gefahr aufgerufen werden soll, ist bereits begonnen worden.

Kälte. In der Mark Brandenburg sind in den letzten Nächten erhebliche Kältegrade zu verzeichnen gewesen. In Berlin stand nach der Messung des Berliner Wetterbüros die Temperatur auf 7 Grad Kälte, im Osten der Mark wurden sogar 13 Grad Kälte gemessen. Königsberg und Bromberg meldeten 11 Grad Kälte.

(*) Die diesjährigen Rennen. Wie die „B. Z.“ am Montag erzählt, ist soeben die behördliche Bewilligung der diesjährigen Renntermine für Preußen erfolgt. Es handelt sich dabei um 71 Renntage. In einzelnen werden Hoppelgärten und Grunewald je 12, Mariendorf und Karlshorst 8, Ruhleben 7 Tage abhalten. Von den Bahnen im Reich sind Köln 5, Hannover 4, Altona-Beimfeld 3, Magdeburg und Frankfurt je 2, sowie dem Reich rheinisch-westfälischer Rennbahnen 8 Renntage zugestanden worden.

Der Berliner Zoo. Nachdem der Berliner Zoologische Garten bereits unter den Verhältnissen des Krieges schwer gelitten hat, sieht er nunmehr infolge der Arbeiterforderungen, die einen jährlichen Mehraufwand von 200 000 Mark bedeuten, vor dem Zusammenbruch. Die Verwaltung hat sich bereits an die Stadt Berlin, den Zweigverband und den preussischen Staat gewandt mit der Anfrage, ob von der Gemeinde oder vom Staat für das Unternehmen etwas geschehen könne.

Grubenunglück. Aus Mülhausen wird berichtet: Im Schacht „Reichsland“ des Raibergwerks bei Bitzenheim gerieten viele Arbeiter in Gefahr, die im Schacht gelagert waren, beim Öffnen einer Kiste in Brand und explodierten. Sofort alarmiert, konnte ein Teil der Arbeiter sich rechtzeitig retten, bevor das ganze Lager zur Explosion kam. Neun Bergleute waren sofort tot, zehn weitere werden vermisst.

Sperre der Einwanderung. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Einwanderung in den Vereinigten Staaten für vier bis sechs Monate gesperrt worden.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe, gute Frau, unsere stets besorgte, herzengute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Lina Gänssler

geb. Stemmler

nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden gestern nachmittag 3 Uhr im Alter von 47 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Ludwig Gänssler und Kinder

Josef Schiesser und Frau

geb. Gänssler.

Schierstein, Frankfurt, Bern (Schweiz), den 22. März 1919.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag um 4 Uhr, vom Sterbehause, Adolfstraße 11, aus statt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Xe. Armée
District de Wiesbaden
Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

Bekanntmachung.

1647/A.

Auf Anordnung des Kommandierenden Generals ist der Verkehr von 4 Uhr morgens ab frei.

Wiesbaden, den 20. März 1919.

Le Lt.-Colonel Administrateur Fabre.
Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden
(Campagne).

1472/A.

Bekanntmachung.

Der Bezug von Büchern und Drucksachen aller Art aus dem unbefestigten Deutschland kann nur bewerkstelligt werden, wenn die Sendungen an den Bürgermeister des Bestimmungsortes gehen. Die Sendungen müssen die genaue Adresse des Bestellers tragen.

Bei Ankauf solcher Sendungen wird der Bürgermeister der unterzeichneten Behörde unverzüglich Meldung erstatten. Die Sendungen werden dem Besteller erst nach Prüfung durch die unterzeichnete Behörde zurückgegeben.

Nach einer vom Höchstkommmandierenden der alliierten Armeen erlassenen Verordnung werden gegen obige Bekanntmachung Zuwiderhandelnde vor ein Kriegsgericht gestellt und können mit Gefängnisstrafe bis zu 6 (sechs) Monaten und 5000 Mk. (Fünftausend Mk.) Geldstrafe belegt werden.

Wiesbaden, den 15. März 1919.

Le Lt. Colonel Fabre

Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden (C)

1507/A.

Bekanntmachung.

Vorgeschriebene Formalität wegen des Umlaufs von Postchecks, Zahlkarten, Ueberweisungen oder Giropostkarten.

Diejenigen Personen, welche einen Postcheck, eine Zahlkarte, eine Ueberweisung oder eine Giropostkarte in Umlauf bringen, sollen folgende Bescheinigung unterschreiben:

„Der Unterzeichnete bescheinigt hierdurch, daß seine Sendung von . . . , welche durch (1) . . . , am (2) . . . , ausgeführt worden ist, wegen (3) . . .“

Unterschrift.

Adresse des Unterzeichners.

Diese Bescheinigungen werden dem den Postcheck enthaltenden Brief beigelegt und dann von einem Beauftragten des französischen wirtschaftlichen Amtes beim Postamt zurückbehalten.

Jede falsche Bescheinigung wird für den Unterzeichneten die strengsten Strafen zur Folge haben.

Wiesbaden, den 17. März 1919.

Le Lt.-Colonel Fabre.

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden
(Campagne)

- (1) Sendungsart zu bestimmen: Scheck, Zahlkarte, Ueberweisung oder Giropostkarte.
- (2) Das Datum angeben.
- (3) Bezeichnen, ob es sich um ein Handelsgeschäft, eine Versicherungsprämienzahlung, eine Hypothekenschuld, Hauszinsen, Pension oder Leihrente handelt.

Xe. Armée

District de Wiesbaden
Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

Neue Verordnungen betr. Reisegejuche.

1591/A.

- 1) Alle Reisegejuche müssen von einem vollständig und vorschriftsmäßig ausgefüllten Reisepaß begleitet sein. Auch dürfen nur wirklich stichhaltige Gründe angeführt werden.
- 2) Die Eingabe geschieht nur durch den Bürgermeister, der die Gejuche gesammelt an den Administrateur militaire weitergibt. Gejuche, die auf anderem Wege hier eingehen, werden nicht berücksichtigt.
- 3) Personen, die in Angelegenheiten in den Dienst räumen des Administrateur vorsprechen wollen, werden nicht vorgelassen.

Ich ersuche die Antragsteller, sich streng nach diesen Vorschriften zu richten.

Le Lt.-Colonel Fabre.

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden
(Campagne.)

Xe. Armée
District de Wiesbaden
Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

Bekanntmachung.

1631/A.

- 1) Keine Aisse zum Zwecke von Unterschriften sammeln, sei es für ein politisches, soziales, wirtschaftliches Werk usw. darf unter der Bevölkerung zirkulieren, ohne die Genehmigung der unterzeichneten Behörde.
- 2) Die Verfertiger, Propagandisten und Unterzeichner dieser Aisse werden als Veranlasser von nicht genehmigten Versammlungen betrachtet und als solche bestraft.

Le Lt.-Colonel Administrateur Fabre.

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Montag, den 24. März, nachmittags 8 Uhr, hier im Rathause anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Holzversteigerung vom 16. März 1919.
2. Beschlußfassung über Verlängerung des Vertrages mit den Rhetigau Elektrizitätswerken.
3. Beschlußfassung über Aenderung der Gasversteigerung pp.

Der Haushaltsvoranschlag für 1919 liegt vom 23. März 1919 ab auf 2 Wochen zur Einsicht aller Gemeindeangehörigen im Rathause in meinem Geschäftszimmer offen.

Betr. Kontrollversammlung.

Die Kontrollversammlung findet wie üblich statt. Militärpapiere sind mitzubringen.

Auf höhere Anordnung kann die Genehmigung nur für sportive und musikalische Veranstaltungen von der Clappenkommandantur in Biedrich erteilt werden, alle anderen Gejuche um Versammlungen müssen von dieser Stelle weitergegeben werden, weshalb mit einer

Griff von mindestens 8 Tagen bis zur Entscheidung zu rechnen ist.

Betr. Ausgabe von Weizenmehl.

Auf Nr. 5 der Lebensmittelkarte gelangt Weizenmehl zur Ausgabe. Die Karten sind bis Montagabend in den Geschäften, und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Dienstag vormittag 10 Uhr auf Zimmer 11 im Rathaus abzugeben.

Mit Rücksicht auf die augenblickliche Milchknappheit sind die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre ab Sonntag, den 23. d. Mts. vorläufig vom Milchbezug ausgeschlossen. Die Milchkarten sind bei den Milchhändlern abzuliefern. Schierstein, den 22. März 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.

Der Umfang des Schleichhandels mit Vieh und die Geheimhaltungen haben in letzter Zeit in dem Landkreis Wiesbaden derart überhand genommen, daß die künftige Fleischversorgung für den Landkreis Wiesbaden in Frage gestellt ist; ebenso wird hierdurch die Milch- und Speisefleischversorgung in absehbarer Zeit unmöglich gemacht werden. Der Schleichhandel scheint unter dem Deckmantel des Nutzviehverkaufs eifrig betrieben zu werden. Um den Zucht- und Nutzviehverkauf in geregelte Bahn zu geleiten, bestimme ich:

1. Das sogenannte Protokoll für den An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh ist ab 15. März nicht mehr erforderlich.
2. Ueber sämtliches, im Kreise gehandeltes Vieh, haben Käufer und Verkäufer innerhalb 24 Stunden nach dem Kauf ein vorgeschriebenes Formular auszufüllen und zu unterschreiben. Dieses Formular ist sofort an den Bürgermeister abzugeben und von diesem zu beglaubigen. Für die Beglaubigung hat der Käufer und Verkäufer an den Bürgermeister 50 Pfg. zu entrichten.
3. Die Käufer müssen sich über die Identität ihrer Person gegenüber dem Verkäufer ausweisen. Bei den Viehhändlern genügt hierzu die Ausweisurkunde des Viehhandelsverbandes. Privatpersonen haben eine Bescheinigung ihres Bürgermeisters vorzulegen, worin sie für ihren eigenen Betrieb Zucht- oder Nutzvieh benötigen.
4. Die Bürgermeister haben die ihnen übergebenen Formulare in eine Liste einzutragen und die ausgefüllten Formulare selbst sofort an das Landratsamt einzureichen.
5. Sämtliche Viehhändler sind verpflichtet, in der ersten Woche jeden laufenden Monats einen Auszug aus ihrem Ein- und Verkaufsbuch über sämtliches gehandeltes Zucht- und Nutzvieh vom vorhergehenden Monat — auch das aus anderen Kreisen eingeführte und in andere Kreise ausgeführte Vieh — mit Namensangabe der vorherigen und jetzigen Besitzer hierher einzureichen.
6. Sowohl der Verkäufer als auch der Käufer sind dafür verantwortlich, daß das vorgeschriebene Formular ausgefüllt und an das Bürgermeisteramt gegeben wird.
7. Das von den Vieh-Aufnahmekommissionen für Schlachtvieh aufgeschriebene Vieh darf von den Viehhaltern überhaupt nicht verkauft werden.

Ich ersuche die Bürgermeister, vorstehende Bekanntmachung wiederholt auf ordentliche Weise bekannt zu machen, sodaß sich niemand auf Unkenntnis der vorstehenden Bestimmungen berufen kann.

Um die Fleischversorgung für den Kreis weiter durchzuführen zu können, muß ich auf genaueste Beachtung der vorgeschriebenen Bestimmungen dringen und ich werde mich bei Übertretungen veranlaßt sehen, auf das Strengste vorzugehen.

Wiesbaden, den 10. März 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.: Schlitt.

Kaninchen- und Geflügelzucht-Verein Schierstein a. Rh. E. V.

Sonntag, den 23. März, nachm. 2 Uhr
im Restaurant Redstock (S. Woll)

ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung.

1. Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr.
2. Bericht der Kassenrevisoren.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Schulranzen

Größte Auswahl. Billigste Preise
offert als Spezialität

A. Lotschert Wiesbaden, Faybrunnstrasse 10
Reparaturen.

Beginn meines

II. Tanz-Kursus am

Samstag, den 29. März, nachm.
7½ Uhr, im Saale der
„Rheinlust“

Anmeldungen werden frdl. ent-
gegengenommen bei Hoben,
Dotzheimerstrasse 23.

Julia Ruppel,
Tanzlehrerin und Balletmeisterin.



Niederlage: Flora-Drogerie
Schierstein.

Atelier für mod. Photographie. F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr.
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet

Fritz Klingel, Dentist,

Wiesbaden, Schiersteinerlandstraße 6
gegenüber der Kaserne.

Sprechzeiten für Zahnleidende:

Werktags 9—6 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr.

Kaist gänzlich schmerzloses Zahnziehen.

Plomben in jedem Material.

Zahnersatz in Kautschuk und Gold.

Ziſtzähne, Kronen usw.

Umarbeitung schlechtstehender Gebisse.

Spezialität: Gaumenloser Zahnersatz.

Schonendste Behandlung. Mäßige Preise.

Autogene Schweißung gebrochener Maschinen-
teile, Zahnräder, Riemenscheiben jeder Größe und
in allen Metallen sowie Reparatur aller land-
wirtschaftlichen Maschinen übernimmt

Apparatenbau Lannus, Inh. H. Goller,
Biebrich a. Rh., Friedrichstraße 19.

Telefon 567. Telefon 567.

Geschäftsempfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft bringe ich
hiermit zur Kenntnis, daß ich von jetzt ab mein

Tünchergeschäft

selbständig betreibe. Ich empfehle mich bei
allen in dieses Fach einschlagende Arbeiten
bei reeller und besser Bedienung.

Achtungsvoll

Anton Maurer

Ludwigstraße 8.

Zentral-Kino

58 Wilhelmstrasse 58

Dir.: Arnold.

Mus. Leit. Weiss.

Samstag und Sonntag, den 22. und 23.
März 1919 von 4—6 Uhr

Kindervorstellung.

2 Lustspiele.

Einlage.

Von 6—9½ Uhr

Sensationelles Liebesdrama.

In der Hauptrolle:

Henny Porten.

Lustspiel.

Einlage.

Änderungen vorbehalten.

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Sonntag, den 23. März.

10 Uhr Soupgottesdienst.

11 Uhr Kindergottesdienst.

4 Uhr Bibelstunde.

Abends 8 Uhr Passions-
gottesdienst.

Pfr. Gutz.

Zu verkaufen:

Gut erhaltene Koch- und
Konditormäße, 1 Gehrock,
1 Paar Militär-Stiefel,
1 Fahrradgestell und 1
Hängelampe. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Ein Gehrockanzug

zu verkaufen. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

1 Herrenanzug, 2 Palet-
tos, Hüte Gr. 54, 1 Damen-
jacke, 1 Bolle-
kleid, Waschkleider Röcke
Gr. 44 preiswert zu verk.
Bestellung Sonntag und
Montag nur vormittags.

Wiesbaden,
Boulevardstr. 41, III. rechts.

Modernes, neues Schlaf-
zimmer, best. aus 2 hoch-
betten m. Patent-Rahmen,
2 tüchtig. Spiegelschrank m.
buntem Glaseinsatz, Wasch-
tisch m. Spiegelaufsatz, 2
Nachtsche und 2 Polsterstühle
für Mk. 1450 sofort zu ver-
kaufen.

L. Negler,

Wiesbaden,

Zahnstr. 22.

Ein braver, ordnungs-
liebender

Junge

mit guter Schulbildung kann
gegen Lohn bei uns in die
Lehre treten.

Schiersteiner Zeitung

1000 Buchenweilen

sowie Eichenholz, welches
sich eignet für Gartenpfosten,
Baumpfähle und Böcke, zu
verkaufen. Karl Kriessing,
Wambach,
Post Schlangenbad.

Hunde

aller Rassen werden zu höchsten
Preisen in gute Hände an-
gekauft. Gullich, Wies-
baden, Rheinstr. 60.

Von einigen

Aleedern

die diesjährige Nutzung
Dickmurs lauft

Heinr. Herziger.

Acker

gegen Barzahlung zu kaufen
gesucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle.

10 bis 20 Hektar
Garten- oder Ackerland

zu pachten gesucht. Näheres
in der Geschäftsstelle.

Echtes

Kulmbacher Bier

Restaurant zum

„Deutschen Kaiser“

Ehrliches, fleißiges Alleinmädchen

zum 1. April gesucht.
Biebricherstr. 21.